

Arbeitskongress „Kommunales Übergangs- system in Köln“

„Zusammen denken
—
gemeinsam handeln“

3. und 4. Juni 2008
Kölner Rathaus

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 3. Juni 2008	3
Eröffnung Marie-Luise Quilling (Amt für Kinder, Jugend und Familie, Stadt Köln).....	3
Begrüßung Elfi Scho-Antwerpes (Bürgermeisterin, Stadt Köln)	3
Übergang Schule-Beruf – Status Quo und Perspektive in Köln Dr. Agnes Klein (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport, Stadt Köln).....	4
Übergänge gestalten – Kriterien für ein regionales Übergangsmanagement Dr. Manuela Martinek (Deutsches für Luft- und Raumfahrt e.V.).....	5
Kein Anschluss nach dem Abschluss? Die Rolle der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule-Beruf Dr. Frank Braun (Deutsches Jugendinstitut)	6
Der Beitrag der Jugendsozialarbeit im Übergangssystem Dieter Göbel (Landschaftsverband Rheinland)	8
Der schulische Beitrag im Übergangssystem Ludger Reiberg (Schulamt für die Stadt Köln).....	10
Mittwoch, 4. Juni 2008	12
Die Agentur für Arbeit als Partner im Übergangssystem Peter Welters (Vorsitzender Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Köln)	12
Workshop 1 „Kompetenzfeststellung bei Jugendlichen“	14
Workshop 2 „Standards der Studien- und Berufswahlorientierung“	18
Workshop 3 „Steuerung und Evaluation im Übergangssystem“	20
Workshop 4 „Elternbildung als Erfolgsfaktor im Übergangssystem“	24
Workshop 5 „Professionalisierung des Übergangssystems“	26
Workshop 6 „Kooperationsstrukturen“	28

Dienstag, 3. Juni 2008

[Veranstaltungsprogramm](#)

Hinweis: Die blau unterlegten Verlinkungen funktionieren nur, wenn sich Ihr PC im Online-Modus befindet!

Eröffnung

[Marie-Luise Quilling](#)

(Stellvertretende Leiterin des Amts für Kinder, Jugend und Familie)

Frau Marie-Luise Quilling, stellvertretende Leiterin des Amts für Kinder, Jugend und Familie eröffnete die zweitägige Veranstaltung. Sie appellierte an die Teilnehmer, während der Veranstaltung die Jugendlichen als thematischen Fokus nicht aus dem Blick zu verlieren. Wichtige Fragen im Bereich des Übergangsmangements seien: Was können wir kommunal leisten? Wie können wir Jugendliche an der Schwelle von der Schule in den Beruf besser begleiten? Wie kann man Jugendliche besser in Bildung und Gesellschaft integrieren? Antworten auf diese und weitere Fragen zu suchen, sei Ziel des Arbeitskongresses. Die Aufgabe der Jugendhilfe bestünde in diesem Zusammenhang darin, Jugendliche in ihrer Individualität mit ihrer Vielfalt an Kompetenzen bei allen Überlegungen in den Mittelpunkt zu stellen. Ein besonders wichtiges Stichwort sei: Verantwortung übernehmen, Jugendliche nicht in Warteschleifen geraten zu lassen. Ersatzangebote könnten nicht die Lösung oder das Ziel sein, sondern nur die tatsächliche Integration in Beruf und Ausbildung. Auftrag der Veranstaltung sei es, auf vielfältige Fragen Antworten zu finden und darüber hinaus ein effizientes und tragfähiges Übergangssystem für Köln zu etablieren. Dafür stehe das Motto des Arbeitskongresses: „Zusammen denken – gemeinsam handeln“!

Begrüßung

[Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes](#)

(Stadt Köln)

Begrüßt wurden die Teilnehmenden durch Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes, die dafür warb, großen Worten auch Taten folgen zu lassen. Sie unterstrich, dass junge Menschen die Zukunft Kölns seien, und dass sie daher fit für den Übergang gemacht werden müssten. In Köln gebe es zu viele Jugendliche ohne Ausbildung und Arbeit, die aus dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt herausgedrängt werden. Die soziale Integration schlage bei diesen Jugendlichen fehl. Insbesondere die Integration gering qualifizierter, unqualifizierter und bildungsbenachteiligter Jugendlicher als auch die Zukunft Jugendlicher mit Migrationshintergrund müsse im Vordergrund stehen. Köln verfüge über ein weitverzweigtes Netz mit zahlreichen Akteuren des Übergangssystems, deren Vielzahl von Zuständigkeiten und Vorgehensweisen in der Praxis oftmals zu Irritationen und unnötigen Doppelarbeiten führe.

Das habe zur Folge, dass Jugendliche mit schlechten Voraussetzungen komplizierte Wege durch das Übergangssystem gehen müssten, um letztendlich doch ohne Ausbildungsplatz in der Arbeitslosigkeit zu landen. Deshalb müssten sich alle beteiligten Akteure immer wieder hinterfragen lassen und den Anspruch an sich selbst haben, den Wirkungsgrad ihres Handelns zu prüfen und zu steigern.

Der Arbeitskongress setze mit Fragen wie „wie können bestehende akteursübergreifende Kooperationsstrukturen effizienter gestaltet werden?“, „wie können Handlungsbedarfe geklärt werden?“, „wie können Förder- und Erstangebote systematisiert werden?“ genau an dieser Stelle an. Darüber hinaus habe sich der Kongress ein anspruchsvolles Ziel gesetzt: Am Ende solle eine Vereinbarung für ein verlässliches Übergangssystem in Köln stehen. Ein kommunales Übergangssystem solle zu einem selbstverständlichen, standardisierten Regelsystem etabliert werden. Sie warb dafür, die Kooperationsvereinbarung nicht als Gesellenstück zu verstehen, sondern sie als Anfang eines Prozesses zu betrachten, dessen Ziel es ist, den Übergang möglichst fließend zu gestalten und bestehende Spielräume zu nutzen. Dies stelle eine große Herausforderung dar, eine Herausforderung jedoch, die es anzunehmen lohne.

[Grußwort Scho-Antwerpes](#)

Übergang Schule-Beruf – Status Quo und Perspektive in Köln

[Beigeordnete Dr. Agnes Klein](#)

(Dezernat Bildung, Jugend, Sport, Stadt Köln)

Frau Dr. Agnes Klein, Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport, bekundete ihre Freude über das große Interesse an der Veranstaltung und das zahlreiche Erscheinen. Sie sprach der Veranstaltergemeinschaft ihren Dank aus und erinnerte daran, dass ohne die finanzielle Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Europäischen Sozialfonds ein Kongress in diesem Umfang nicht möglich gewesen sei. In ihrem Eingangsreferat machte sie auf die schwierige Lage für benachteiligte Jugendliche in Köln aufmerksam: Zurzeit seien in Köln 4.000 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Im Leitbild für die Stadt Köln sei jedoch ein ambitioniertes Ziel formuliert worden: Köln solle eine Metropole für Bildung und Ausbildung werden. Die Erreichung dieses Ziels setze ein funktionierendes Übergangsmangement voraus. Die Rahmenbedingungen in Köln sind laut Frau Dr. Klein durchaus positiv. Die demographische Prognose für Köln sei optimistisch, da es gleichbleibende Schülerzahlen geben und die Wirtschaft anziehen werde.

Es sei eine wichtige Aufgabe für die Gegenwart und die Zukunft, Jugendliche und Arbeitgeber zusammenzuführen. Zurzeit hätten 42% der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund; in 2015 werde sich der Anteil auf 60% belaufen. Integration durch Bildung müsse also der Leitgedanke der gemeinsamen Aktivitäten sein. Es gehe nicht nur um bessere Abstimmung kompensatorischer Maßnahmen, sondern um kompetenzorientierte Weiterentwicklung der Bildungslandschaft. Man müsse vermehrt dazu übergehen, Stärken zu stärken. Migration und Mehrsprachigkeit beispielsweise könnten zusätzliche Qualifikation darstellen.

Frau Dr. Klein lobte die Vielzahl und Vielfalt der Akteure, Maßnahmen und Projekte im Bereich Übergang Schule – Beruf und plädierte dafür, erfolgreiche Arbeitsvorhaben und Arbeitsstrukturen im gesamten Regelsystem als Standards zu verankern, d.h. ihre Koordination, ihre Umsetzung und damit ihre Qualitätsentwicklung für die Zukunft zu sichern.

Die projektorientierte Infrastruktur des Kölner Übergangsmanagements müsse in eine langfristig tragfähige Infrastruktur überführt werden. Die Verknappung der öffentlichen Mittel im Bereich Übergang Schule – Beruf verschärfe die Konkurrenzen und erschwere Kooperationen. Nichtsdestotrotz sehe die bisherige gemeinsame Bilanz positiv aus: Durch die Projekte habe es, insbesondere in der Equal-Phase, eine Weiterentwicklung der Strukturen gegeben. Der Wille zur Zusammenarbeit bei allen Akteuren sei gewachsen. Nun sei es an der Zeit, aus den gemeinsamen Erfahrungen heraus auf der gesamtstädtischen Ebene und – das sei ebenso wichtig – auch auf der sozialräumlichen Ebene neue Formen der Koordination zu entwickeln. Sie versicherte den Teilnehmenden, dass die Ergebnisse dieses Arbeitskongresses aufgegriffen würden und dass die erarbeiteten Handlungsempfehlungen einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Kölner Übergangsmanagements darstellen würden.

[Vortrag Dr. Agnes Klein](#)

Impulsreferat:

Übergänge gestalten – Kriterien für ein regionales Übergangsmanagement

[Dr. Manuela Martinek](#)

(Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Projektträger für das Bundesministerium für Bildung und Forschung)

Frau Dr. Martinek, die BMBF-Referatsleiter Peter Munk (Referat: Jugendliche mit schlechteren Startchancen; Innovationen in der beruflichen Bildung) vertrat, erläuterte in Ihrem Vortrag, wie Förderprogramme entstehen und wie es dazu kam, dass das Thema „Übergangsmanagement“ in dem BMBF-Programm [„Perspektive Berufsabschluss“](#) als einer von zwei Schwerpunkten zur Förderung von Jugendlichen, die aus eigener Kraft nicht von der Schule in die Ausbildung finden, umgesetzt wird. Laut Frau Dr. Martinek ist dieses Programm ein gutes Beispiel dafür, wie Erfahrungen auf kommunaler Ebene von der bildungspolitischen Diskussion aufgegriffen werden und in Programmkonzeptionen einfließen. Zunächst erläuterte Frau Dr. Martinek die bildungspolitischen Handlungsempfehlungen, die maßgebliche Impulse für das neue Programm „Perspektive Berufsabschluss“ gegeben haben. Zum einen dienten die Erfahrungen aus dem BMBF-Programm „Kompetenzen fördern - Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF-Programm, 2001-2007) der Weiterentwicklung und Verbesserung neu zu konzipierender Programminhalte. Ziel dieses Programms war es, Benachteiligtenförderung zu einem integralen Bestandteil der Berufsausbildung weiterzuentwickeln und dem bildungspolitischen Grundsatz „Ausbildung für alle“ in vollem Umfang Geltung zu verschaffen. Die Strukturverbesserung und -entwicklung beispielsweise mithilfe des Auf- und Ausbaus von Kooperationsnetzwerken stand im Vordergrund. Im Rahmen des BQF-Programms waren ca. 130 Projekte gefördert worden. Aufgrund der großen Vielfalt der geförderten Projekte wurden zur Verbesserung des Erfahrungsaustauschs, der Ergebnissicherung und des Transfers vier moderierte Entwicklungsplattformen gegründet; unter anderem eine mit dem Schwerpunkt „Netzwerkbildung“.

Auch in den die Handlungsempfehlungen, den 10 Leitlinien, des Innovationskreises berufliche Bildung (IKBB), zu dem das BMBF Personen aus Wissenschaft und Praxis berufen hatte, wurde das „Übergangsmanagement“ als ein Schwerpunkt herausgestellt.

Das neue BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“ ist Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung die vom Bundeskabinett am 9. Januar 2008 beschlossen wurde. Die Qualifizierungsinitiative umfasst Aktivitäten zur Förderung und Unterstützung über den gesamten Lebensweg von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung im Beruf. Das Thema Übergangmanagement spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Das BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“ wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ko-finanziert. Es besteht aus zwei Förderinitiativen: Förderinitiative 1 „Regionales Übergangmanagement“ und Förderinitiative 2 „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“. Frau Dr. Martinek konzentrierte sich auf die erste der beiden Förderinitiativen und erläuterte die langfristigen Zielen, die Förderrichtlinien und das Antragsverfahren. Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ ist von Beginn an auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Die Anbindung der Koordinierungsstellen bei den Kommunen sowie die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Vernetzung der regionalen Akteure und der Kooperation Schule-Wirtschaft sollen diese Nachhaltigkeit stärken. Zudem wird besonderer Wert auf Gender Mainstreaming und Cultural Mainstreaming als Querschnittsaufgaben des regionalen Netzwerkmanagements gelegt. Dazu gehören zum Beispiel Aktivitäten wie Angebote geschlechtergerechter Berufsorientierung, Elternarbeit und die Einbeziehung von Migrantenselbstorganisation. Beide Förderinitiativen werden jeweils wissenschaftlich begleitet, und das Programm wird zusätzlich evaluiert.

Abschließend berichtete Frau Dr. Martinek von der Auftaktveranstaltung des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ am 30. Mai 2008, die ähnlich wie der Kölner Arbeitskongress den Bedarf und das Interesse im Bereich des Übergangmanagements gezeigt habe. Dieses Interesse der Basis sei enorm wichtig, denn nur mithilfe des Engagements, der Erfahrungen und des Austauschs mit den tatsächlichen Akteuren auf kommunaler Ebene sei die Umsetzung eines funktionierenden Übergangmanagements möglich.

[Präsentation Dr. Martinek](#)

Kein Anschluss nach dem Abschluss? Die Rolle der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule-Beruf

[Dr. Frank Braun](#)

(Deutsches Jugendinstitut)

Herr Dr. Frank Braun vom Deutschen Jugendinstitut stellte in seinem Vortrag „Die Rolle der Jugendsozialarbeit im Übergang Schule-Beruf“ die Problematik aus Sicht der Jugendlichen dar. Um herauszustellen, wie Jugendsozialarbeit aussehen könnte und müsste, ging er Fragen wie beispielsweise „Welche Wege nehmen Jugendliche von der Schule in Ausbildung und Erwerbsarbeit?“, „Was sind Risiken für das Gelingen des Übergangs?“, „Entstehen für alle Jugendlichen die gleichen Risiken in gleichem Maße?“, „Was kann die Jugendsozialarbeit leisten?“, und „Welche Anforderungen ergeben sich an Kooperationen zwischen Institutionen?“ nach.

Um wirksame Unterstützungsstrategien im Übergang Schule – Beruf zu entwickeln, sei systematisches Wissen über die Lebenslagen und Lebensverläufe der Jugendlichen, über ihre Ziele, Orientierungen und Handlungsstrategien und natürlich über die Handlungsmöglichkeiten und Zuständigkeiten der Personen und Institutionen erforderlich.

Die Wege der Jugendlichen rückblickend zu erforschen, ergebe die Problematik, dass im Nachhinein Verläufe geschönt würden. Deshalb habe man sich entschlossen, Jugendliche im Übergang zu begleiten.

Erstmals befragt worden seien 4.000 Jugendliche bundesweit im März 2004. Die Befragten hätten sich zu dieser Zeit im letzten Pflichtschuljahr von Hauptschulen befunden. Mithilfe eines Fragebogens seien sie zu ihrer bisherigen Schulkarriere, ihren Lebensumständen, ihrer Familie und ihren Zukunftsplänen befragt worden. Ab der 2. Befragung, die im Juni 2004 durchgeführt worden sei, seien die teilnehmenden Jugendlichen telefonisch interviewt worden – die Tatsache, dass eine telefonische Befragung den Schritt aus der Anonymität bedeute, hätte dazu geführt, dass die Zahl der Teilnehmenden auf 2400 gesunken sei. Die Zusammensetzung der Gruppe habe sich allerdings im Befragungszeitraum kaum verändert. Auffällig sei jedoch gewesen, dass der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von Befragung zu Befragung gestiegen sei.

Herr Dr. Braun verglich die Pläne und Wünsche der Jugendlichen, die sie im März 2004 geäußert hatten mit den Antworten aus dem letzten Schulmonat im Juni 2004. Dabei wurde deutlich, dass sich mehr als ein Drittel der Jugendlichen bereits umorientiert hatte.

Pläne	März 2004	Juni 2004
Ausbildung	44%	35%
weiter Schule	27%	40%
Berufsvorbereitung	14%	17%
arbeiten	2%	1%
weiß nicht	6%	1%
Sonstiges	7%	6%

Diese Umorientierung hätte in den meisten Fällen stattgefunden, ohne dass die Jugendlichen präzise Informationen über die Realisierbarkeit ihrer Pläne gehabt hätten.

Neben der Nachverfolgung von Orientierungs- und Entscheidungsprozessen ging Herr Dr. Braun auf die Diskrepanz zwischen Plan und Realität ein, die sich bei der nächsten Befragung im November 2004 abgezeichnet hätte. Bei der Begleitung der Jugendlichen nach der ersten Schwelle sei es ganz besonders wichtig, die Eltern, die die wichtigsten Ratgeber der Jugendlichen seien, in den Begleitungsprozess einzubeziehen und die Wünsche und Motive der Jugendlichen ernst zu nehmen.

	Pläne / Wünsche		Realität
	März 2004	Juni 2004	November 2004
Ausbildung	44%	35%	26%
weiter Schule	27%	40%	35%
Berufsvorbereitung	14%	17%	26%
arbeiten	2%	1%	-
weiß nicht	6%	1%	-
Sonstiges	7%	6%	4%
ohne Ausb. / Arbeit	-	-	9%

Herr Dr. Braun benannte einige Aspekte des mittel- und längerfristigen Handlungsbedarfs. Unter anderem müssten Bildungs- und Ausbildungsverläufe in Schulen und Betrieben bei Bedarf flankierend begleitet und Abbrüche verhindert werden.

Zudem müssten Zwischenschritte begleitet, Anschlussperspektiven vorbereitet und Übergänge am Ende von Zwischenschritten sichergestellt werden.

Zum längerfristigen Handlungsbedarf gehöre, den Risiken des Scheiterns an der zweiten Schwelle zu begegnen, Aussteiger zu identifizieren, mögliche Anschlüsse zu entwickeln und Wiedereinstiege zu unterstützen. Wichtig sei es, Marginalisierte durch aufsuchende Arbeit zu gewinnen und niedrigschwellige Angebote mit Perspektiven bereitzustellen.

Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Kooperation“ zog Herr Dr. Braun folgendes Fazit: Die Bildungs- und Ausbildungswege bildungsbenachteiligter Jugendlicher verliefen durch eine Vielzahl von Institutionen und Zuständigkeiten. Dadurch entstünden vielfältige Schnittstellen und Risiken von Brüchen. Die Jugendsozialarbeit habe das große Potenzial, durch Prozesse einer kontinuierlichen Begleitung zum Gelingen der Übergänge von bildungsbenachteiligten Jugendlichen beizutragen. Dafür sei jedoch eine intensive Kooperation mit Eltern, Schulen, beruflichen Schulen, Betrieben, Arbeitsagenturen und ARGEen eine zentrale Voraussetzung.

[Präsentation Dr. Braun](#)

Der Beitrag der Jugendsozialarbeit im Übergangssystem

[Dieter Göbel](#)

(Landschaftsverband Rheinland)

Herr Göbel zielte in seinem Vortrag darauf ab, den Stellenwert der Jugendsozialarbeit im Übergangssystem darzustellen. Auch er wies auf die vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten beim Übergang Schule-Beruf und die sehr heterogenen Zielgruppen hin. Die sechs Zuständigkeitsträger EU, Bund, Bundesagentur, Jobcenter, Land und Kommune seien nicht so gut vernetzt, als dass sie ihre Angebote aufeinander abstimmen, sondern sie unterlägen verschiedenen Philosophien und unterschiedlichen Zielsetzungen. Beispielsweise seien EU-Gelder in erster Linie geopolitisch bestimmt und die Maßnahmen des Bundes hätten vornehmlich eine Initial- oder Modellcharakterfunktion, die den Kommunen zur Nachahmung empfohlen werde. Die Bundesagentur wiederum ziele auf eine schnelle Vermittlung in Arbeit ab und messe die Zielerreichung in konkreten Zahlen und die Jobcenter konzentrierten sich auf die Zielgruppe derer, die länger als ein Jahr arbeitslos sind. Das Land NRW sei eines der wenigen, das Mittel für Jugendsozialarbeit bereitstelle; trotz Kürzungen handle es sich hierbei noch um 11 Mio. Euro. Bei der Rolle der Kommunen habe die Stadt Köln einen Vorbildcharakter in NRW. Beispielsweise gebe es in ganz NRW 32 Jugendwerkstätten – davon 9 in Köln.

In Köln habe man ein dichtes Netz an Jugendsozialarbeitsmaßnahmen: Jugendwerkstätten, Beratungsstellen, Schulmüdenprogramme. Insbesondere Schulmüdenprogramme, die für die schwierige Klientel derjenigen Jugendlichen gedacht sind, die keine formalen Voraussetzungen haben, um an Berufsvorbereitung oder Ausbildung teilzunehmen.

Herr Göbel mahnte, dass es ein Trugschluss sei, zu glauben, dass seit der Initiierung von Hartz IV keine kommunal finanzierten Programme mehr gebraucht würden. Nur genau diese kommunal finanzierten Programme richteten eine zielgruppenspezifische Ansprache an Jugendliche, die durch keine anderen Maßnahmen abgedeckt werden. Bezogen auf den demographischen Wandel zeigte sich Herr Göbel optimistisch, dass Köln in den kommenden Jahren nicht ausbluten werde, da es einen regen Nachzug von jungen Menschen gebe.

Die Jugendsozialarbeit ist laut §13 des SGB VIII ein Teil der Jugendhilfe. Ein essenzielles Kennzeichen der Jugendhilfe sei das Prinzip der Freiwilligkeit. Freiwilligkeit werde in diesem Zusammenhang häufig verwechselt mit Beliebigkeit und Kuschelpädagogik. Freiwilligkeit impliziere zwar keine Sanktionen, bedeutet aber keinesfalls, dass keine Verbindlichkeit von den Jugendlichen gefordert werde. In erster Linie handle es sich bei Jugendsozialarbeit um Beziehungsarbeit, die Nachsozialisation und die Aufarbeitung von Erziehungsdefiziten zum Ziel habe.

Vor allem in Jugendwerkstätten werde Werkpädagogik als Medium und sozialarbeiterische Unterstützung genutzt. Die Beratungsstellen befassten sich mit frühzeitiger Intervention in Schule, um Jugendliche zu begleiten. Besonders im Bereich der Schulmüdenprojekte gebe es eine enge Zusammenarbeit mit Schulen. Man bemühe sich gemeinsam, das Herausfallen einiger Jugendlichen aus dem formalen Bildungssystem à priori zu verhindern. Herr Göbel wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule oftmals von strukturellen Schwierigkeiten besetzt sei, aber dennoch in vielen Aspekten sehr gedeihlich und förderlich für Jugendliche sei. Vor allem subjektive Faktoren könnten sich als Hinderungsgrund aber auch als Gelingensfaktor erweisen.

Die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe stelle ein gutes Beispiel für Vernetzung dar. Und erfreulicherweise gebe es in Köln ein ganzes Spektrum von Vernetzungen, die sich mit dem Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf befassen. Herr Göbel war allerdings skeptisch, ob sich alle Hoffnungen, die sich mit Vernetzungen verbinden, auch erfüllten. Seiner Meinung nach mangle es an einer Gesamtsteuerung über Konzepte, Strukturen, Qualitätskriterien und Ressourcenplanung.

Zuletzt zitierte Herr Göbel Prof. Dr. Wolfgang Hinte (Universität Essen):

„Aller Orten ist die Rede von Vernetzung. Alle sind dafür. Vernetzung heißt aber häufig: Profis beschäftigen sich mit Profis - Auf einmal kapiert die Kindertagesstätte oder die Schule, was der Allgemeine Sozialdienst (ASD) macht. Das haben die jahrelang nicht verstanden, erst im Zuge des Vernetzungsbooms wird denen es klar. Die Folge ist, dass Kitas oder Lehrer mit dem ASD kooperieren. Das ist auch wichtig. Nur führt die Vernetzung bei allem Positivem auch dazu, dass diejenigen, die sich mit sich selbst beschäftigen, soviel Spaß aneinander finden, dass sie die Ressourcen austauschen und die Lebenswelt hinten anstehen lassen. Ich bin sehr für Vernetzung, aber Sie müssen aufpassen, dass immer die Verbindung zur Lebenswelt bestehen bleibt und Vernetzung immer im Dienste der Gestaltung von Lebenswelten geschieht. Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich Verwaltung und Jugendämter Vernetzung auf die Fahne schreiben, so, als sei Vernetzung ein Ziel. Das ist falsch! Vernetzung ist ein Instrument. Und wer sich nur vernetzt und nicht mehr auf das Ziel schaut, das er damit erreichen will, der verhält sich wie ein Pfadfinder, der den ganzen Tag Holz für ein Lagerfeuer sucht und am Abend vor einem Berg Holz steht und vergessen hat, was er damit machen soll.“

Laut Herrn Göbel mache dieses Zitat sehr deutlich, dass Vernetzung nicht das Ziel sein dürfe, sondern als ein Instrument, das die Lebenswelt von Jugendlichen im Sinn hat, angesehen werden muss. Vernetzung diene dazu, Jugendlichen den Weg in Beruf und Ausbildung zu ermöglichen und sei kein Selbstzweck.

Der schulische Beitrag im Übergangssystem

[Ludger Reiberg](#)

(Schulamt für die Stadt Köln)

Herr Reiberg ging in seinem Vortrag auf den schulischen Beitrag im Übergangssystem ein. Zunächst griff er die Frage nach Koordination auf der Ebene der Gesamtstadt auf, die sein Vorredner Göbel aufgeworfen hatte, und erläuterte, dass man in Köln an einem Kooperationsvertrag zwischen Stadt, Land und Agentur für Arbeit arbeite, um Koordination auf gesamtstädtischer Ebene zu realisieren. Bei solch einer Kooperation könne es sich nur um eine kooperative Koordination handeln, i.e. eine Kooperation, in die die Kooperationspartner freiwillig ihre Ressourcen einbringen, gemeinsam beraten, was sie mit diesen machen und sich dann letztendlich dem Beschluss auch verpflichtet fühlen. Laut Herrn Reiberg sei es diese Art der Koordination, die im Bereich des Übergangsmangements dringend in Köln benötigt werde. Beispielhaft für Kooperation sei eine Einigung mit der Agentur für Arbeit, dass Mittel für §33 SGB3 gezielt an bestimmte Maßnahmen geknüpft werden. Zu diesen Maßnahmen zählt u.a. „Kompass“, die Kölner Variante eines Kompetenzerhebungsverfahrens. Mit diesem Instrument wolle man sicherstellen, dass in größerem Maße Erfahrungen gesammelt und systematisch ausgewertet werden, und dass Kompetenzfeststellung in größerem Umfang in Schulen Einzug halte.

Herr Reiberg wies darauf hin, dass der Begriff Übergangsmangement beim Schulamt für die Stadt Köln die Gesamtheit der Jugendlichen, die von der Schule in Beruf oder Studium streben, umfasse. Ungefähr 10.000 Jugendliche seien also Zielgruppe des Schulamts, das der Berufsorientierung in Schule verpflichtet ist. Das Schulamt verfolge in diesem Zusammenhang konkrete Ziele: 1) Steigerung des Anteils an handlungsorientiertem Unterricht an abgebenden Schulen, 2) Ausweitung der authentischen Lernsituation, 3) Entscheidungsparcours innerhalb der Schulen aufzubauen, 4) Schnittstellen zu managen.

Die Handlungsgrundlage für die Erreichung dieser ambitionierten Ziele sei ein [Erlass zur Berufswahlorientierung](#) vom 7.11.2007, bei dem es sich um einen ersten Umsetzungsversuch des [Rahmenkonzepts Ausbildungskonsens NRW](#) handle. Es handle sich bei dem Erlass um eine Zusammenführung aller gesellschaftlichen Kräfte, die mit Ausbildung beschäftigt sind. Das Rahmenkonzept sehe u.a. vor, Studien- und BerufswahlkoordinatorInnen an allen Schulformen zu etablieren. Dies sei keinesfalls ein formaler Akt, sondern vielmehr die Umsetzung der Erkenntnis, dass Berufswahlorientierung ein Teil des Schulleitungshandelns werden müsse, sie dementsprechend gewichtet werden müsse, und dass sie einer besonderen Koordination bedürfe. Das Rahmenkonzept zeige wichtige Instrumente wie beispielsweise den Berufswahlpass – ein Portfolio, in dem Jugendliche das eigene Lernen und den Weg in die Ausbildung dokumentieren können – und Kompetenzerhebungsverfahren – Verfahren, die Jugendliche nicht nur auf schulische Noten reduzieren, sondern ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung in den Blick nehmen.

Darüber hinaus leiste handlungsorientierter Unterricht im Bereich der Persönlichkeitsentwicklung einen ganz entscheidenden Beitrag. Konsens bestehe darüber, dass die Qualität des schulischen Unterrichts auch darüber entscheide, wie gut Jugendliche an der Schwelle Übergang Schule-Beruf aufgestellt seien. Unstrittig sei auch, dass es schulstrukturelle und sozialstrukturelle Problemlagen gebe. Trotzdem bestünde der Bedarf, passgenaue individuelle Qualifizierungskonzepte für Jugendliche im Verlauf ihrer schulischen Laufbahn in der Sek. I zu entwickeln.

Solche handlungsorientierten Unterrichtsformen seien z.B. [„Schülerfirmen“](#) (wie die Schülerfirma „Witch-Kitch“, die während der Veranstaltung für das Catering zuständig ist) und „Praxisstationen“, wo in herausgehobenen Qualifizierungsmodulen berufliche Fertigkeiten, übergreifende Kompetenzen und schulische Fähigkeiten entwickelt würden.

Der häufig beklagte, bedingt durch eine Abfolge von Projekten und Maßnahmen, die nicht passgenau aufeinander aufbauen oder sich den Jugendlichen nicht als logisch erschließen, Bruch in der Begleitung von Jugendlichen zeige, dass es das Bestreben der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Jugendbereich und Schule sein müsse, Beratung in Qualifizierungsprozesse zu integrieren. Neben der Lernberatung die Schule ab Klasse 7/8 leisten soll, müsse jede Gelegenheit genutzt werden, Reflexion und Beratung in das Curriculum einzubinden. Laut Herrn Reiberg müsse das Ziel sein, vor und im Übergang Schule – Beruf Beratungsanlässe zu fixieren, die dann flexibel vom beratenden Personal d. h. von Beratungslehrern und Beratungslehrerinnen, von der Berufsberatung und ggf. von der Jugendberufshilfe aufgegriffen und genutzt werden. Schulische Qualifizierung müsse mehr Zeit für Beratung einplanen. Herr Reibergs letztes Statement bezog sich auf das Thema sozialräumliches Denken: zwar stünde man auf Seiten des Schulamts diesbezüglich noch am Anfang, aber klar sei, dass eine zentrale Umsetzung weder denkbar noch machbar ist. Für die Zukunft sei es also unabdingbar, engen Kontakt mit dem Sozialraum aufzunehmen und in diesem Zusammenhang flexibler und schulstandortbezogen zu handeln.

[Vortrag Reiberg](#)

Mittwoch, 4. Juni 2008

Am zweiten Veranstaltungstag stand das gemeinsame „Arbeiten“ der Teilnehmenden im Vordergrund. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden Möglichkeiten und Handlungsempfehlungen für ein kommunales Übergangssystem in Köln erarbeitet. Vormittags nahm Herr Peter Welters, Vorsitzender Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Köln) Stellung zur Rolle der Agentur für Arbeit als Partner im Übergangssystem.

Die Agentur für Arbeit als Partner im Übergangssystem

[Peter Welters](#)

(Vorsitzender Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Köln)

Zu Beginn seines Vortrags änderte Herr Welters den Titel seines Vortrags in „Die Agentur für Arbeit als *Akteur* im Übergangssystem“. Das Wort *Partner* sei zu passiv und im Bereich des Übergangsmangements müsse man vor allem aktiv sein, müsse Motor sein, müsse das Thema, die Konzepte und die Programme gemeinsam vorantreiben. Er spreche in diesem Zusammenhang von kollektiven Akteuren, da man zusammen handeln und zusammenarbeiten müsse. Konzepte müssten gemeinsam erarbeitet und durchgeführt werden.

Zunächst skizzierte Herr Welters die momentane Ausgangssituation: Zum einen sei eine deutlich veränderte Sozial- und Bildungsstruktur bei Schulabgängern zu beobachten: es gebe mehr bildungsferne Jugendliche als früher. Auch der Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund nehme stetig zu. Jugendliche Migranten per se stellten allerdings kein Problem dar. Problematisch werde die Lage dadurch, dass viele Migranten auch bildungsfern seien. Zudem sei bezüglich der Leistungsfähigkeit und Bildungsproduktivität eine Polarisierung bei jungen Menschen zu verzeichnen: Heutzutage gebe es viele hochqualifizierte, aber auch zunehmend geringqualifizierte junge Menschen.

Ein weiterer Aspekt sei eine über Jahre schwierige Marktsituation für (junge) Arbeitnehmer, auch wenn sich im Moment eine leichte Verbesserung abzeichne. Die schwierige Marktsituation habe zur Folge gehabt, dass ganze Zielgruppen in der Vergangenheit ausgegrenzt worden seien. Insbesondere Abgänger von Förderschulen, von Hauptschulen, teilweise sogar von Realschulen und Jugendliche aus Familien mit prägender Arbeitslosigkeit seien von dieser Ausgrenzung betroffen. Der Anteil der Familien mit prägender Arbeitslosigkeit, in denen niemand arbeite und Jugendlichen das Bild von Arbeitslosigkeit als Lebensentwurf vermittelt werde, sei in den letzten Jahren gestiegen. 15% der Kölner Bürgerinnen und Bürger lebten von staatlichen Transferleistungen. Für Jugendliche aus diesen Familien seien die Risiken beim Übergang von der Schule in den Beruf besonders hoch.

Die Folge der Ausgrenzung sei weitverbreitete (Jugend-) Arbeitslosigkeit – ein zentrales Thema der Gegenwart und der Zukunft. In Bezug auf die zukünftigen demographischen Herausforderungen prognostizierte Herr Welters, dass die Schere zwischen jung und alt im Berufsleben immer weiter auseinander gehen werde. Mehr alte Arbeitnehmer würden in den nächsten Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden als junge Arbeitnehmer eintreten werden. Problematisch an dieser Entwicklung sei, dass die alten Arbeitnehmer, die die Betriebe verlassen, im Durchschnitt gebildeter seien, als die jungen, die als Potenzial für die Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Zudem steige der Anteil der Jugendlichen ohne formalen Abschluss stetig. Diese Problemlage müsse gelöst werden, wenn die wirtschaftliche Situation und die Lebensqualität in Köln erhalten werden solle. Dieser Handlungsdruck gelte nicht nur für Köln, sondern auch für andere Großstädte und die gesamte Bundesrepublik.

Von der skizzierten Ausgangssituation in Köln leitete Herr Welters Grundsätze für gegenwärtiges und zukünftiges Handeln ab. Klar sei, dass man den Übergang von Schule in das Beschäftigungssystem besser und erfolgreicher gestalten müsse. Vor dem Hintergrund der zuvor aufgeführten Rahmenbedingungen, müsse man erkennen, dass der Übergang mehr als Berufsorientierung bedeute. Man brauche bessere Bildungsvoraussetzungen. Die Optimierung des Übergangs fange in den Familien und Kindergärten an und setze sich in den Schulen fort.

Im engeren Sinne werde Berufsorientierung durch ein Dreiecksverhältnis von Schule, Betrieb, Berufsberatung unter Beteiligung der anderen kollektiven Akteure gestaltet und geprägt. Hierbei komme der Schule und der Berufsberatung eine besondere Verantwortung zu. Diese Akteure könnten allerdings nicht alleine agieren, weil der erfolgreiche Übergang von der Schule in den Beruf einen sehr komplexen Lernprozess voraussetzt. Die Vielfalt der Problemlagen der Jugendlichen bedingen auch eine Vielfalt von Unterstützungsbedarfen aufwiesen. Neben Schule, Schulaufsicht, Agentur für Arbeit, ARGE und den Betrieben seien weitere Akteure unverzichtbar. In diesem Zusammenhang seien Eltern als wichtige Akteure zu nennen. Trotz ihres großen Einflusses auf die Jugendlichen nähmen Eltern ihre Rolle als Akteur häufig nicht fachgerecht, nicht sachgerecht oder gar nicht wahr. Daraus ergebe sich, dass man verstärkt Elternarbeit und interkulturelle Arbeit betreiben müsse. Eine weitere Möglichkeit sei die Einbeziehung von Multiplikatoren wie beispielsweise Politiker, Paten und Ehrenamtliche. Man müsse überlegen, wie man bestehendes Engagement mit den konkreten Aufgaben und Zielen verknüpfen könne. Es gebe viele ehrenamtliche Gruppen, die sich um Jugendliche im Übergang Schule Beruf kümmern wollten – es sei die Aufgabe der bereits involvierten Akteure, dieses Engagement zu organisieren und integrieren.

Herr Welters erinnerte daran, dass der Übergang von der Schule in den Beruf keinen Stichtagscharakter hat, sondern ein längerdauernder Prozess ist. Um den Übergang erfolgreich bestreiten zu können, bräuchten Jugendliche Bildung, Entscheidungsfähigkeit, Selbsterkenntnis, Sozial- und Sprachkompetenz und Berufswelterfahrung – bei der Erlangung dieser Fertigkeiten und Fähigkeiten handle es sich um langfristige Prozesse. Deshalb müsse der Übergang früh einsetzen und langfristig angelegt sein. Hier verwies Herr Welters auf präventive Vorgehensweisen, indem man schon zu Beginn der Schulzeit mit der professionellen Unterstützung beginne. Auch die Agentur für Arbeit greife präventive Ansätze und Ideen auf, indem sie in letzter Zeit verstärkt auf vertiefte Berufsorientierung setze. Konkret hieße das, dass man Projekte finanziere, die in der Schulzeit durchgeführt würden und Jugendliche befähigen sollen, den Übergang erfolgreich durchzuführen. Beispielsweise habe man für die Sommerferien ein Sommercamp inhaltlich mitentwickelt und finanziert, in dem Jugendliche lernen sollen, selbstständiger und entscheidungsfähiger zu werden.

Abschließend konstatierte Herr Welters, dass man trotz vielseitiger Unterstützungsangebote an bestimmte Gruppen von Jugendlichen nicht herankomme. Die bestehenden Regelangebote seien ausreichend und hilfreich für Jugendliche mit einer „normalen, regelhaften“ Schul- und Entwicklungskarriere, aber für ca. 20% der Jugendlichen seien diese Ansätze ungenügend. Für diese Jugendlichen müsse man sich gemeinsam präventive, individuelle Lernstrategien wählen, wenn man an ihre multiplen Problemlagen betrachte. Die Vorstellung, dass immer bessere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren alleine als Lösung diene, sei zu schlicht gedacht.

Man müsse diese Jugendlichen in ihren Lebens- und Sozialräumen erreichen und hierzu die organisatorischen Schranken zwischen den beteiligten Einrichtungen, die einen Unterstützungsbeitrag leisten können, überwinden. Dies könne beispielsweise in Aktionsbüros vor Ort realisiert werden.

Herr Welters Fazit lautete, dass es Ziel aller Bestrebungen sein müsse, diejenigen Jugendlichen, die in besonderer Weise belastet sind, aus ihrem Kreislauf, aus der Reproduktion von negativen, wenig erfolgreichen Lebensentwürfen herauszuholen. Nur ganz wenige dieser Jugendlichen schafften es, aus eigener Kraft den Kreislauf zu durchbrechen. Für die vielen anderen müsse man Unterstützung sicherstellen. Sie bräuchten andere Modelle, Vorbilder und Lebensentwürfe, die die kollektiven Akteure ihnen vermitteln müssten. Dies könne nicht auf traditionellem, sondern nur auf innovativem Wege geschehen, indem man gemeinsam auf die Jugendlichen zugehe.

Workshops

In sechs je fünfstündigen Workshops diskutierten Fachkräfte aus verschiedensten Bildungsbereichen nach der Methode des [World Café](#) zentrale Themenfelder des Übergangsmangements. In jeder Arbeitsgruppe wurden sowohl ausführliche Ist-Analysen vorgenommen als auch Handlungsempfehlungen formuliert. Zentrale Ergebnisse der jeweiligen Workshops wurden im Anschluss von [Karina Antons](#), einer professionellen VisualisiererIn, bildhaft festgehalten. Diese Schaubilder finden sich jeweils am Ende der schriftlichen Zusammenfassung.

Um auf die Workshops einzustimmen, führte das [Theater ImPuls](#) einen Auszug aus Gerhart Hauptmanns „[Die Weber](#)“ auf.

Workshop 1

„Kompetenzfeststellung bei Jugendlichen“

Moderation: [Friedeborg Röcher](#), Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

Bei der Frage nach bestehenden Verfahren und Instrumenten wurde allgemein festgestellt, dass sich die Angebote zur Kompetenzfeststellung sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Jugendliche im Übergang Schule-Beruf in den letzten Jahren vervielfältigt haben und deutlich mehr Anbieter das Feld besetzen.

Durchgeführt werden z.B.:

- „KompAss Kompetenz-Assessment“, eine im Rahmen von der EU – EQUAL Entwicklungspartnerschaft Köln entwickelten Rahmenkonzeption zur Durchführung von Kompetenzfeststellung, Auswertung und Förderung von Schülerinnen und Schülern an Kölner Hauptschulen. Als ein besonders positiver Effekt bei der Durchführung von KompAss wurde die hohe Beteiligung der Eltern bei den Auswertungsgesprächen herausgestellt.
- „hamet2 .- Handlungsorientierte Module zur Erfassung und Förderung beruflicher Kompetenzen“, entwickelt vom Berufsbildungswerk Waiblingen. Dieses Verfahren wird allgemein geschätzt als gutes, besonders handlungsorientiertes Verfahren.
- „DIATRAN“ – DIAgnose und TRAINing, entwickelt von INBAS GmbH und andere Verfahren...

Darüber hinaus werden auch verschiedene Berufsinteressentests eingesetzt, wie z.B.

- AIST (Allgemeiner- Interessen - Struktur-Test)
- GEVA (Berufsinteressentest des gevainstituts)

Verschiedene Portfolios und Kompetenzpässe werden den Schülerinnen und Schülern sowie den Jugendlichen in Köln angeboten, um Ihre Kompetenznachweise zu dokumentieren. In Köln sind dies vorrangig:

- Berufswahlpass
- BerufswahlpassPlus
- ProfilPASS für junge Menschen
- Kompetenznachweis Kultur

Strukturierte Hinweise auf Portfolios und Kompetenzpässe findet man im „Online Wegweiser Kompetenzpässe“. Ebenso finden sich auf dem Kölner Bildungsportal Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf.

Die Vielfalt der Konzepte und Verfahren führt bei den Anwendern – den Schulen und Institutionen der Jugendhilfe – allerdings oftmals zu einer Überforderung. Der Überblick und eine Orientierungshilfe im Dschungel der Angebote und Anbieter fehlen. Dies verstärkt den Eindruck eines „Wildwuchses“ bei den angewendeten Kompetenzfeststellungsverfahren.

Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme identifizierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgende Schwierigkeiten, Lücken und Hindernisse in der Praxis:

- uneindeutiger und uneinheitlicher Kompetenzbegriff
 - o Was ist Kompetenz?
 - o Benutzen alle denselben Kompetenzbegriff oder gibt es so viele Interpretationen wie Verfahren und Anwender?
 - o Kompetenzen sind eine Frage der Perspektive.
- mangelnde Kontinuität
 - o Die fehlende Kontinuität der Angebote wurde besonders hervorgehoben. Erst gab es den landesweiten „Kompetenzcheck“, nach drei Jahren wurde dieser eingestellt. Heute gibt es wieder andere Verfahren und Anbieter. Wichtig wäre aber die Kontinuität der Angebote und Anbieter. Nur dann könnten Verfahren langfristig und nachhaltig in den Berufsorientierungskonzepten der Schulen und der anderen anwendenden Institutionen verankert werden.
 - o Zwar gibt es Strukturen und Ressourcen, und in den vergangenen Jahren wurden vielfältige Erfahrungen gesammelt, aber aktuell besteht die Angst vor einem Vakuum: Man weiß nicht, wie es weitergeht. Die bildungspolitischen Signale sind unklar und entsprechend vermisst man die Wertschätzung gegenüber dem langjährigen Aufbauprozess.

- fehlende Standards
 - Standards für die Durchführung von Kompetenzfeststellungsverfahren *in Köln*, nach denen auch eine Evaluation, z.B. von „KompAss“ möglich wäre, fehlen. Gründe dafür wurden u.a. in der bestehenden Konkurrenzsituation gesehen.
 - Es besteht nur teilweise eine Zertifizierung der Anbieter.

- mangelhafte Begleitung der Jugendlichen im Rahmen der Verfahren
 - Die Institutionalisierung einer kontinuierlichen Begleitung (inkl. Nachbetreuung) fehlt.
 - Bei den Jugendlichen besteht nicht selten Unklarheit über den tatsächlichen Nutzen der Ergebnisse.
 - Standardisierung birgt die Gefahr, dass das individuelle Gespräch, die Einzelarbeit mit dem Jugendlichen zu kurz kommt. Um nicht sozial erwünschtes Verhalten bei den Jugendlichen zu evozieren und also realitätsferne Ergebnisse zu produzieren, muss dem Jugendlichen die Gelegenheit gegeben werden, einen Bezug zum Verfahren zu entwickeln. D.h. sie/er muss erfahren können, wofür dies gut ist. So könnte eine Identifikation mit den Ergebnissen und folglich auch die Eigeninitiative gestärkt werden.
 - Mangelnder Bezug zum Arbeitsmarkt: Der Abgleich zwischen Angebotsprofil und Erwartungsprofil (der Agentur für Arbeit etwa) fehlt. An dieser Stelle wurde der Wunsch geäußert, dass Lehrpersonen von Seiten der Berufsberater erfahren, welche Kompetenzen für welchen Beruf benötigt werden.
 - Unbefriedigende Kundenorientierung bezogen auf spezifische jugendliche Zielgruppen, z.B. Förderschülerinnen und –schüler
 - „Qualität kostet Zeit“.

- fehlende Vernetzung
 - Eine Vernetzung der Angebote / Akteure fehlt: „Jeder Träger kocht seine eigene Suppe“. Diese könnte für die Entwicklung von angebotsübergreifenden Standards, für mehr Transparenz und für einen strukturierten Erfahrungsaustausch genutzt werden.
 - Mangelnde Weitervermittlung von Informationen: Infos werden oft nicht weitergeleitet von Station zu Station --> Es fehlt eine „Sammelstelle“ der individuellen Ergebnisse.

Bei der Formulierung von **konkreten Handlungsschritten** wurden die Perspektiven der Jugendlichen, der durchführenden Träger wie aller anderen involvierten Akteure berücksichtigt:

- Zentral ist die Herbeiführung einer politischen Willensbildung für die
 - flächendeckende
 - zielgruppengerechte
 - kontinuierliche
 - und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattete
 Kompetenzfeststellung für Schülerinnen und Schüler und Jugendlichen in Köln.

- Zudem sollte die sogenannte „Vermittlungsrunde“ einberufen werden, die in EQUAL KompAss entwickelt hat. Erforderlich ist dabei die Einbeziehung weiterer Institutionen, die Kompetenzfeststellungsverfahren mit Kölner Schülerinnen und Schüler sowie Jugendlichen durchführen, wie etwa die Jugendberufshilfe. Diese Runde soll:
 - sich einen neuen Namen geben,
 - Mindeststandards für die Rahmenbedingungen und die Evaluation festlegen,
 - die Zertifizierung von Trägern zur Durchführung von KompAss vorbereiten,
 - einen Fachtag zur Kompetenzfeststellung in Köln mit allen Beteiligten organisieren und somit die Vernetzung und Transparenz fördern.

- Standards zur Kompetenzfeststellung bezüglich der Rahmenbedingungen und der Evaluation sollten entwickelt werden. Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen:
 - Sich auf ein Verfahren festlegen;
 - in den Verfahren die Alltagssprache der Jugendlichen benutzen;
 - sicherstellen einer nachhaltigen Begleitung und individuellen Förderung:
 - Durchführende Anbieter und die anwendenden Institutionen brauchen verlässlich Zeit und Raum für die Durchführung der Kompetenzfeststellungsverfahren und für die weitere Nutzung der Ergebnisse für die individuellen Berufsorientierungsprozesse der Schülerinnen und Schüler bzw. der Jugendlichen. Kompetenzfeststellung darf nicht isoliert dastehen, sondern muss Teil eines Gesamtprozesses sein;
 - Verfahren prozesshaft (und nicht punktuell) anlegen
 - Ergebnisse der Verfahren in die Förderplanung der Schule aufnehmen;
 - individuelle Begleitung trotz standardisierter Verfahren

 - ausreichende Information aller Beteiligten über Sinn und Zweck des Verfahrens – Jugendliche, Eltern, Lehrkräfte etc.,
 - Einbindung der Eltern bei Auswertungsgesprächen (dabei angemessene Berücksichtigung von Sprachbarrieren);
 - einbeziehen außerschulischer Akteure, wie z.B. Betriebe, Kammern, AA etc. und deren Rückmeldungen systematisch aufnehmen,
 - einheitlichen Ergebnisbogen bzw. Beurteilungsbogen für Betriebe entwickeln,
 - Datenschutzregelungen überprüfen: Vereinfachung der Datenschutzerklärung
 - gemeinsame Datensammlung von neutraler Stelle, Klarheit über die Folgen der Erhebung/Evaluation

- KompAss soll weiterentwickelt und verbreitet werden
 - o als Modell gelungener Kooperation von „Schule – Agentur für Arbeit – Träger und anderer Akteure“,
 - o Vorstellung des Modells in der Schulleiterkonferenz der Hauptschulen,
 - o Herbeiführung eines Beschlusses zur Durchführung von KompAss an den Schulen – im Rahmen der verfügbaren Mittel –, dadurch wird Verbindlichkeit hergestellt.

[Visualisierung Workshop 1](#)

Workshop 2

„Standards der Studien- und Berufswahlorientierung“

Moderation: [Domenica Licciardi](#), Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

Bei der Frage, welche **Verfahren, Instrumente und Projekte** es derzeit in Köln gibt und welche **erfolgreichen Beispiele** zu nennen sind, kam Folgendes zur Sprache:

- [Standards für die Studien- und Berufsorientierung in der Sek II](#)
- Berufswahlpass/KomPass
- Berufswahlkoordination (vgl. [Leitfaden Berufswahlkoordination](#))
- Berufsorientierung der Agentur für Arbeit

- Kompetenzagenturen
- Jugendwerkstätten
- Jugendbüros
- BOB-Büros
- Handwerkerinnenhaus

- Betriebserkundungen/Betriebspraktika/Schnuppertage, Girls Day etc.
- Mentorenprojekte
- Schulmüdenprojekte

- Arbeitskreis Schule/Wirtschaft
- Arbeitsgruppe „Übergang Schule – Hochschule/Beruf“
- Kompetenz- und Sprachtrainings durch freie Mitarbeiter

In der Diskussion um **Schwierigkeiten, Lücken und Hindernisse** in der Praxis wurden folgende Aspekte angesprochen:

- Mangelndes Gewicht und Defizite bei der Integration der Berufswahlorientierung im Schulalltag
 - o Unterstützung der StuBos durch Lehrerinnen und Lehrer fehlt teilweise;
 - o eigenständiger, abgekoppelter Berufswahlunterricht;
 - o Informationsflut bezüglich Berufswahlorientierung ist für die Integration nicht förderlich;

- Schulen sind aufgrund zahlreicher Leistungstests verstärkt outputorientiert – auch diese Entwicklung unterläuft eher die konsequente Etablierung von Aktivitäten zur Berufsorientierung.
 - „Schule als Kuschelfaktor“ verhindert eine frühzeitige Orientierung; die fehlende Verbindlichkeit von Angeboten trägt ebenfalls dazu bei;
 - mangelnde Sprachförderung und zu geringe Nutzung der Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.
 - KomPass zu wechselhaft, Nachhaltigkeit fehlt: Entsprechend ist eine Integration in den Schulalltag nur bedingt attraktiv;
 - mangelnde finanzielle und zeitliche Ressourcen: „Es müssen Ressourcen da sein, damit Arbeit geleistet werden kann“.
- Fehlende Nachhaltigkeit vieler Projekte im Bereich der Berufswahlorientierung
 - Über eine Anschubfinanzierung hinaus reichen die Projektmittel oft nicht.
 - Beantragung von finanziellen Ressourcen ist zeit- und energieraubend.
 - Als zusätzlich hemmende Faktoren wurden genannt:
 - Fehlende Wertschätzung der Lehrerinnen und Sozialarbeiterinnen,
 - fehlende Wertschätzung als Ursache von Schülerproblemen,
 - Prestigedenken der Jugendlichen in der Berufswahlorientierung
 - Mangel an Daten/Informationen über die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler im Bereich Studienwahl Sek I.

In einem letzten Schritt wurden **Handlungsperspektiven** und **Handlungsschritte** diskutiert:

- Zentral ist eine unterstützende Bildungspolitik:
 - Allgemein sollen sich politische Vorgaben verstärkt an der Basis orientieren: Die Initiierung von innerschulischen Veränderungen muss mit einem angemessenen Budget verbunden sein.
 - Erlass zur Berufsorientierung (StuBos) erfordert zeitliche und finanzielle Ressourcen für das Fachpersonal --> Lehrpersonen freistellen oder außerschulische Kräfte einsetzen!
 - Projektgeförderte Erfolge müssen gezielt in die Regelförderung überführt werden.
- Wichtig ist auch die Veränderung innerschulischer Strukturen/Kulturen. Eine konsequente Stärkung der Berufsorientierung im Schulalltag verlangt u.a.:
 - Unterstützung der StuBos
 - Berufswahlorientierung systematisch ins Schulprogramm integrieren - durch Veränderung der Unterrichtseinheiten (Epochalunterricht, Projektwoche etc.) entstehen beispielweise größere Zeitfenster für berufs-wahlorientierte Aktivitäten
 - „Lebensplanung“ als Unterrichtsfach ab der 5. Klasse
 - Förderung der Lebensweltorientierung an Schulen
 - „Einkauf“ externer Kompetenz
 - Kompetenzorientierter Umgang mit Migrationshintergrund im Rahmen der Berufswahlorientierung

- Strukturelle Verankerung der Elternarbeit in der Schule im Bereich der Berufswahlorientierung: „Elternarbeit muss in die Schule einbezogen werden!“, „Eltern stärken von Anfang an“.
- Angebotsmanagement an Schulen
- Die Kooperation mit außerschulischen Partnern ist zu verbessern:
 - Eine stärkere Einbeziehung außerschulischer Akteure bedingt die Klärung der nachhaltigen Begleitung und Finanzierung.
 - Bewährte außerschulische Projekte sollen zu Standards erhoben und in die Regelfinanzierung/Regelförderung aufgenommen werden.
- Darüber hinaus ist die Implementierung der Standards von Bedeutung:
 - Die bestehenden Standards müssen verpflichtend sein, ohne die Handlungsspielräume allzu sehr einzuschränken
 - Evaluation und Qualitätskontrolle/Bildungsmonitoring/Vergleichbarkeit

[Visualisierung Workshop 2](#)

Workshop 3

„Steuerung und Evaluation im Übergangssystem“

Moderation: [Gerhard Bartsch-Backes](#), Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

In einer ersten Diskussionsrunde wurden verschiedene **Steuerungsinstrumente**, **Evaluationsverfahren** wie auch bestehende **Datengrundlagen**, die derzeit in Köln zur Verfügung stehen, benannt.

Es wurde deutlich, dass im Bereich des Übergangsmagements sehr viele Steuerungsverfahren und –instrumente nebeneinander existieren. Genannt wurden:

- Ausbildungsbericht
- Schulabgängerbefragung
- Integrationsquoten (der Agentur für Arbeit)
- Aktivitäten im Rahmen des Ausbildungskonsenses NRW
- EBK.

Als zentrale Akteure kamen zur Sprache:

- Agentur für Arbeit
- U-25-Konferenz
- Kompetenzagenturen
- Sozialraum-Koordination
- Jugendberufshilfe
- Programm LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke)
- ARGE
- Beirat Schule-Beruf
- Schulaufsicht
- Politik/Ausschüsse
- Projektgeber

Auch bei den Evaluationsverfahren ergab sich ein ähnlich heterogenes Bild:

- Vielfältige Selbstevaluationen einzelner Projekte/Schulen
- Projektberichte für die jeweiligen Mittelgeber
- Wissenschaftliche Evaluationen in Teilbereichen

Folgende Datengrundlagen, die in Köln zur Verfügung stehen, wurden genannt:

- Schülerdaten
- Schulinterne Statistiken über Verbleib
- Daten der Bundesagentur für Arbeit
- Meldungen der Kammern
- Meldungen der Maßnahmenträger
- Amtliche Statistiken
- Geschäftsstatistiken z.B. ARGE
- Kommunale Daten (Demographie etc.)
- EBK-Verfahren

In einer zweiten Diskussionsrunde identifizierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer **Schwierigkeiten, Lücken und Hindernisse**. Allgemein wurde der Zustand der Steuerung und Evaluation im Übergangssystem als unbefriedigend eingeschätzt. Die Schwierigkeiten hängen nach Ansicht der Teilnehmenden unmittelbar mit allgemeinen Koordinations- und Steuerungsdefiziten im Übergangsbereich zusammen. Im Einzelnen wurden benannt:

- Unvollständige Basisdaten für den Übergangsbereich:
 - o Datenlücken im Ausbildungsbericht: fehlende flächendeckende Datenbasis; es wurde die Vermutung geäußert, dass vereinzelt das Argument des Datenschutzes gelegen kommt.
 - o Vorschnelle Zuschreibungen, die aufgrund der bestehenden Daten so nicht gerechtfertigt sind.
- Fehlende Informationen über Bildungsverläufe und Lebenswelt der Jugendlichen:
 - o Datenschutzprobleme, die bezogen auf Individualdaten Informationsdefizite evozieren.
 - o Übergangs-Panel, das seit längerem in der Diskussion ist, kam bislang nicht zustande
 - o Es gibt kaum Informationen zu Erfahrungen der unversorgten Jugendlichen bzw. zu den „schweren Fällen“.
 - o „Weiche“ bzw. qualitative Datenerhebungen fehlen weitgehend
- Fehlende Informationen über Wirkungsketten von Maßnahmen
 - o Wirkungsketten bleiben im Dunkeln, dies hängt auch mit der fehlenden Fortführungsmöglichkeit vieler Projekte zusammen;
 - o externe Wirkungsanalysen fehlen;
 - o Unterschiedliche Programme laufen ohne Abstimmung der Wirkungen vor Ort ab.

- Mangelnder vertikaler Informationsfluss zwischen Entscheidungsträgern und Akteuren vor Ort
 - o Nicht abgestimmte Programmvielefalt auf der Ebene der Steuerung erzeugt nicht beabsichtigte Sekundäreffekte (wie z.B. unterschiedliche Teilnehmerentgelte)
 - o Mangelnde Synchronisierung der Projekte schafft an der Basis Widerstände.
 - o Die Daten aus der Praxis gelangen oft nicht zur Politik und zu relevanten Entscheidungsträgern.

- Unbefriedigender Datenfluss/-austausch zwischen den Akteuren unterschiedlicher Ämter, Einrichtungen aufgrund von:
 - o Tradierten Ressort-Egoismen
 - o Ziel- und Wertekonflikte der Akteure, unterschiedliche Sichtweisen/Philosophien hinsichtlich des Übergangsgeschehens,
 - o Verteilungskämpfe/Konkurrenzsituation;
 - o Angst vor Datenmissbrauch bzw. Instrumentalisierung der Daten.

- Unübersichtlichkeit in den Evaluationsverfahren
 - o Neben den größtenteils trägerspezifischen Evaluationen fehlen einheitliche und vergleichbare Erhebungen: Jeder Projektträger evaluiert seine Aktivitäten nach teilweise sehr unterschiedlichen Kriterien – je nach Auftraggeber. Diese Auswertungen werden keiner übergreifenden Evaluation im Bereich Übergangmanagement zur Verfügung gestellt.
 - o Die nicht abgestimmte Programmvielefalt schlägt sich auch in den Datengrundlagen nieder. Die Daten sind nicht synchronisierbar, weil auch die Maßnahmen nicht miteinander kompatibel sind.
 - o Da Evaluationen im Rahmen von Projekten nicht selten mit einer Weiterfinanzierung verknüpft sind, ist die Objektivität dieser Evaluationen teilweise fraglich.

- Uneinheitliche Steuerung:
 - o In der Gruppe wurde der Eindruck geäußert, dass häufig Maßnahmen auf Basis der Interessen der Träger entstehen.
 - o Die Steuerung geschieht eher informell und dezentral.

In der dritten Diskussionsrunde wurden Felder mit dringendem **Handlungsbedarf** benannt und **Empfehlungen** formuliert. Zusätzlich wurden **steuerungsrelevante Indikatoren** vorgeschlagen:

Als besonders dringlich im Hinblick auf eine datenbasierte Steuerung im Übergangssystem wurde die Verbesserung der Koordination gesehen:

- Klärung der gesamtstädtischen Verantwortung für die Koordination und Steuerung im Übergangssystem
 - o Vorgeschlagen wurde eine Stärkung der beratenden Funktion des Beirats Schule-Beruf. Diese müsste mit einer Erweiterung des Gremiums um einige zentrale Akteure einhergehen.

- *Uneinig* waren sich die Teilnehmenden hinsichtlich der gesamtstädtischen Verantwortung für die Koordination: Einige schlugen vor, dem Beirat Schule-Beruf zusätzlich eine koordinierende und steuernde Funktion zu übertragen – was allerdings die genuine, gesetzliche Aufgabe des Beirats überschreiten würde. Alternativ dazu wurde vorgeschlagen, eine neutrale, breit akzeptierte Koordinierungsstelle einzurichten. Diese hätte bezogen auf Berichterstattung und Monitoring die Aufgabe, als „Sammelstelle“ zu fungieren: Hier würden Ergebnisse zusammenlaufen, hier würden sie bewertet und Handlungsempfehlungen/Entscheidungen abgeleitet.
 - *Unstrittig* war, dass eine Klärung dieser Fragen dringend ansteht.
 - Eine solche Klärung soll sich an bereits bestehenden positiven Kooperationserfahrungen in Köln orientieren, wie etwa an funktionierende Kooperationen auf Stadtteilebene (vgl. Kompetenzagenturen) oder an der Kooperationsstruktur, die sich im Ausbildungsbericht bewährt hat.
- Verbesserung der Datengrundlage
- Systematische und kontinuierliche Erfassung von steuerungsrelevanten Indikatoren, wie etwa:
 - Ausbildungsstellen
 - Ausbildungsfähigkeit/Kompetenzen (auch informelle)
 - Abbrecherquote: Schule, Ausbildung, Maßnahmen+
 - Grad der BO
 - Anzahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber
 - Ergebnisse von Potenzialanalysen
 - Anzahl versorgter/unversorgter Jugendlicher
 - Anzahl Schulverweigerer
 - durchschnittliche Dauer des Übergangszeitraums
 - Motivlagen der Unversorgten
 - Zufriedenheit der Jugendlichen (Passgenauigkeit)
 - Wirksamkeit von Maßnahmen
 - Grad des Übergangs von erlerntem Beruf in entsprechende Arbeit
 - Grad der Orientierung
 - Sozialstruktur der Jugendlichen im Übergangssystem
 - Erwartungen der Betriebe

Die folgenden drei Erhebungsfelder sollen sich im Idealfall wechselseitig ergänzen:

- Wirksamkeitsanalysen von Maßnahmen:
 - Externe Maßnahmen-Wirksamkeitskontrolle,
 - U.a. Aussagen darüber, für wen welche Maßnahme wirksam ist.
 - Wirkung von Prozessen
 - Bedingung solcher Analysen: Entwicklung von Erfolgsindikatoren --> Diskussion über das Verständnis von Erfolg im Übergangssystemmanagement,
 - „Erfolgsrezept“ versorgter Jugendlicher: welche Faktoren spielen eine Rolle?

- Übergangspanel für Köln:
 - Anregungen durch DJI-Studie ([vgl. Vortrag Dr. Braun](#))
 - Anknüpfung an bisherige Überlegungen zum Übergangspanel

- Qualitative (Fall)studien:
 - Situation spezifischer Zielgruppen
 - Situation der Jugendlichen in der Warteschleife: Was brauchen diese Jugendlichen?
 - Situation der „Unversorgten“ (Motivlagen, Lernerfahrungen, Maßnahmenerfahrungen etc.) (aufsuchender Ansatz in der Erhebung)
 - Exemplarische Fallstudien zu Bildungsverläufen
 - Subjektive Perspektive der Schülerinnen und Schüler, um etwa klären zu können, warum so viele Schulabgänger trotz vieler Akteure und Maßnahmen orientierungslos sind: Was bewegt die Betroffenen? Warum ist er/sie in einer bestimmten Maßnahme? (Notlösung oder Wunschvorstellung?)
 - Vergleich mit Perspektiven von Lehrern und Eltern

In diesem Zusammenhang empfiehlt die Gruppe, verstärkt die kommunale Statistikstelle zu nutzen und zu Rate zu ziehen.

[Visualisierung Workshop 3](#)

Workshop 4

„Elternbildung als Erfolgsfaktor im Übergangssystem“

Moderation: [Susanne Bourgeois](#), Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit, interkultureller Arbeit, Weiterbildung und Agentur für Arbeit diskutierten gemeinsam über bestehende Aktivitäten in der Elternbildung, über Lücken, Hindernisse und Schwierigkeiten und formulierten notwendige Handlungsschritte.

Welche **Verfahren, Instrumente** werden in Köln angewandt? Welche **erfolgreichen Instrumente** gibt es?

- Außerschulische Einrichtungen unterstützen mit ihren Angeboten den Berufsorientierungsprozess von Schülerinnen und Schülern und fungieren oft als Bindeglied zwischen Eltern und Schule. Vor allem bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat dies eine wichtige Funktion. Beispiele sind: Interkulturelle Zentren / Migrationsdienste wie Coach e.V. DTVK, Vingster Treff, Solidaritätsbund, Phoenix, Caritas, AWO, Familienbildungsstätten etc.. Sie dienen:
 - als Anlaufstelle für ratsuchende Eltern und Jugendliche;
 - als Brücke zwischen Schule und Eltern;
 - als Beratungsstelle;
 - als Begleitung + Hilfe bei der Spracherlernung, der Berufsorientierung;
 - als Stütze bei der Nachhilfe und den Hausaufgaben.

- Im Rahmen des EU-Projektes EQUAL wurden folgende Produkte für die Elternarbeit entwickelt:
 - Elternbildungsseminare;
 - Müttercafé/ Vätertreff;
 - Elterninformation zum Berufswahlpass;
 - Betriebsbesichtigungen;
 - Elternabende auf türkisch über Schul- und Ausbildungssystem;
 - Informationsabende über den Medienbereich;
 - Elternhotline.

- Als erfolgreiche Instrumente/Methoden haben sich erwiesen:
 - Eltern als Mitgestaltende, als Partner auf gleicher Augenhöhe;
 - Eltern früh anzusprechen und einzubeziehen;
 - Transparenz herzustellen und Informationsaustausch zu ermöglichen;
 - sozialräumlicher Ansatz: alle vorhandenen Angebote zu nutzen und zu vernetzen
 - persönliche Ansprache in der eigenen Muttersprache;
 - Einzelgespräche und Gruppengespräche nach Bedarf anbieten.

Wo treten in der Praxis **Schwierigkeiten/Lücken/Hindernisse** auf?

- Strukturelle Ebene
 - Entwicklungsarbeit geschieht leider nur im Rahmen von Projekten ohne Transfer ins Regelsystem;
 - Fehlen von verlässlichen Strukturen;
 - fehlende Kontinuität/Nachhaltigkeit;
 - mangelnde Koordination der teilweise unterschiedlichen Ansätze und mangelnder Austausch;
 - mangelnde finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen, damit Schulen als zentrale Schnittstellen agieren könnten;
 - Vernachlässigung der vorschulischen Bildung;
 - fehlende zielgerichtete Evaluation von Projekten.

- Operative Ebene
 - Sprachliche und kulturelle Probleme;
 - mangelnde gemeinsame Kommunikation zwischen Eltern und Lehrerinnen/Lehrern;
 - Multiproblematik in vielen Familien; allgemein gestiegene Anforderungen an die Eltern, entsprechend wird Überforderung bei bildungsfernen Milieus besonders deutlich;
 - Unsicherheiten über eine erfolgreiche Ansprache von Eltern in der Schule; teilweise auch Motivationsprobleme der Professionellen aufgrund der Schwierigkeiten, Eltern einzubeziehen;
 - Ansprache der Eltern erfolgt oft zu spät;
 - Fehlen von festen Ansprechpersonen;
 - Mangel an männlichen Sozialpädagogen und Lehrern;
 - fehlende muttersprachliche Angebote;
 - mangelnde interkulturelle Kompetenzen bei sozialpädagogischen Fachkräften und Lehrkräften

Konkrete Handlungsschritte:

- Es wurde festgestellt,
 - o dass es verschiedene, gute Angebote der Elternarbeit in Köln gibt;
 - o dass einzelne Träger mit Schulen gut zusammenarbeiten;
 - o dass vor Ort, d.h. in den Stadtteilen, Vernetzung und Austausch teilweise schon stattfindet.

- Was aber ansteht ist:
 - o Die politische Willensbildung herbeiführen für die flächendeckende, kontinuierliche und mit ausreichenden Mitteln ausgestattete (berufs-)ausbildungsbezogene Elternarbeit;

 - o die gesamtstädtische Abstimmung und Koordination, etwa durch die Einrichtung einer dezernatsübergreifenden Koordinationsstelle;

 - o die exemplarische Vernetzung und Koordination der Angebote der Elternarbeit in einem Sozialraum (eventuell durch eine Koordinierungsstelle);

 - o die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den Projekten;

 - o Entwicklung von Standards und deren flächendeckende Einführung.

[Visualisierung Workshop 4](#)

Workshop 5

„Professionalisierung des Übergangssystems“

Moderation: [Günter Rütz-Lewerenz](#), Deutsche Gesellschaft für Supervision e.V.

In der ersten Diskussionsrunde war man sich einig, dass es in Köln bereits **viele gute Maßnahmen, Angebote und Ansätze** gibt, die zu einer Professionalisierung beigetragen hätten. Erwähnt wurde:

- Etablierung der StuBos
- Professionalisierung der Schulen durch Beratung und Fortbildung
- Einrichtung einer umfangreichen und gut gepflegten Rubrik „Berufswahl“ auf www.bildung-koeln.de
- erfolgreiche Fortbildungsprogramme
- Städtischer Maßnahmenkatalog (vgl. hierzu [Erneuerung seit Juni 2008: „Datenbank der Förderkurse“ löst „Maßnahmenkatalog“ ab](#))
- Regelmäßige Treffen der Jugendberufshilfe mit ARGE (U25) und Qualifizierungsträgern
- Funktionierende Netzwerke auf sozialräumlicher Ebene (vgl. Mülheim, Chorweiler etc.)
- Jugendberatungsprojekte/Beratungseinrichtungen
- Berufsorientierung mit authentischen Fortbildern
- Präsentation im BIZ
- Bildungsberatung: Multiplikatorinnen Übergang Schule-Beruf
- Betriebsbesuche und Praktika für Lehrpersonen
- Kompetenzagenturen

- Berufswahlpass: Unterstützung in der Implementierung

In der zweiten Runde kamen folgende **Schwierigkeiten, Lücken und Hindernisse**, die sich in der Praxis zeigen, zur Sprache. Allgemein wurde festgestellt, dass Professionalisierung nicht auf Qualifizierung zu reduzieren ist, vielmehr könne diese nur unter bestimmten Rahmenbedingungen gelingen.

- Eine mangelnde Systematisierung der vielfältigen Angebote erschwert den Überblick über die verschiedenen Blickwinkel und Zielgruppen.
- Projektförderung verkommt zum „Stilmittel“
 - o Durch die zunehmende Projektfinanzierung mangelt es an Sicherheit und Nachhaltigkeit. Es sei unklar, wie man qualifizierte und innovative Arbeit sicherstellen könne. So wurden etwa die unsicheren Arbeitsplätze von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren genannt;
 - o mangelnde Maßnahmenkontinuität;
 - o Skepsis gegenüber dem politischen Willen, tatsächlich Nachhaltigkeit zu fördern und eine kontinuierliche Entwicklung erfolgreicher Projekte zu unterstützen;
 - o Projektfinanzierung kann problematische Folgen haben. So fiel die Bemerkung: „Viele Projekte bedienen die Außenwirkung der ‚Geldgeber‘ und nicht wirklich die Bedürfnisse der Jugendlichen“.
- Ökonomisierung
 - o Es wurde eine deutliche Zunahme von ökonomischen Sichtweisen beobachtet. Diese würden eine Professionalisierung oftmals unterlaufen. So wäre ein einseitiger Blick auf die Vermittlungsquote einer qualitativ hochwertigen Arbeit wenig dienlich;
 - o Als problematisch wurde auch eingeschätzt, dass die Finanzierung nicht selten auch dem politischen Wechsel unterliegen würde. Auch deshalb sei eine Verstetigung von guten Angeboten schwierig. Es fehlt an Ruhe und Kontinuität für Akteure an der Basis;
 - o „Fehlende Koordination der Geldtöpfe!“
- Mangelnde Rituale an den Schnittstellen
 - o Schulen müssten sich vermehrt Gedanken machen, wie zentrale bildungsbiographische Übergänge gemeinsam erlebbar gemacht werden könnten. Eine stärkere Professionalisierung im Bereich der ritualisierten Gestaltung von Übergängen wäre sinnvoll.
- Tabuisierung der Diskrepanzen zwischen Soll- und Ist-Zustand

Die folgenden Vorschläge wurden in der Gruppe als **zentrale Lösungsschritte** herausgestellt:

- Politische Willensbildung herbeiführen für die Förderung der Professionalisierung im Übergangssystem, die ohne Sicherung von Nachhaltigkeit nicht gelingen kann.

- StuBos brauchen Unterstützung durch das Schulsystem. Eine Festlegung bzw. Rollenzuweisung allein reicht nicht aus. Es bedarf der Klärung der Position der StuBos innerhalb der Schule und der Einsicht, dass diese einen Beitrag zur Schulentwicklung leisten. Zur Sicherstellung der Qualität ihrer Arbeit ist eine zeitliche Entlastung der StuBos unabdingbar;

StuBos sollten als Prozessverantwortliche für den einzelnen Jugendlichen fungieren (feste Begleitung).

- Visualisierung vorhandener Kooperationsstrukturen: In einem einsichtigen, anschaulich dargestellten System sollen bestehende Angebote und Kooperationen für alle Akteure transparent gemacht werden.
- Stärkung der Schulsozialarbeit an Hauptschulen
- Förderung des informellen Austauschs zum Thema „Professionalisierung“: Etwa: Was bedeutet Professionalisierung/Professionalität aus Mitarbeiterinnsicht, aus Sicht der Organisation, der Netzwerke, der Klientel und aus Sicht der Politik? Wer braucht was? Wer erwartet was?
- Sicherstellung der Nähe zur Basis:
 - o Eine etwas ketzerische Forderung lautete „Sozialpraktika für leitende Mitarbeiter aus Behörden“. Damit wird die Hoffnung verbunden, dass sich mit einer größeren Nähe zur Basis der Blickwinkel ändert und sich strategische Überlegungen verstärkt auch an Praxiserfahrungen orientieren würden.
 - o Stärkung der Netzwerk.- und Managementkompetenzen von Entscheidungsträgern.

[Visualisierung Workshop 5](#)

Workshop 6

„Kooperationsstrukturen“

Moderation: [Prof. Dr. Ruth Enggruber](#), Fachhochschule Düsseldorf

Zum Auftakt stellte Frau Prof. Enggruber ihre Überlegungen zur Etablierung eines tragfähigen Fördernetzwerks für den Bereich Übergang Schule – Beruf vor. Sie erläuterte sowohl Gründe für die Notwendigkeit verlässlicher lokaler/regionaler Kooperationsnetze als auch zentrale Voraussetzungen gelingender Kooperation. Basierend auf Erfahrungen einer Großstadt-Pilotstudie in Hamburg und dem BMFSFJ-Modellprogramm „Kompetenzagenturen“ erläuterte sie dann ihr Modell eines Fördernetzwerks, bestehend aus einem (a) bildungspolitischen Gremium, einer (b) Lenkungsgruppe auf der Ebene der Stadt und (b) Arbeitskreisen der pädagogischen Fachkräfte auf Stadtteil- bzw. Stadtbezirksebene.

[Präsentation Enggruber](#)

Dieses Kooperationsmodell wurde in der Gruppe diskutiert und für Köln konkretisiert:

Zu a)

Das **bildungspolitische Gremium** mit dem Oberbürgermeister als Schirmherr und „Kümmerer“ soll Strategien entwickeln, Auftragslagen erarbeiten und die politische Unterstützung sichern. Entscheidend ist dabei die Beteiligung von „Schlüssel-Akteuren“ in Köln, die über „Macht, Geld und Einfluss“ verfügen. Zu beteiligen wären:

- Fraktionen (Vorsitzende, Sprecher Fachausschuss)
- Spitzen aus Wirtschaft, starke Unternehmerpersönlichkeiten, HWK, IHK als Funktionsträger,
- Verbände (z.B. GEW, GAG etc.),
- Gewerkschaft (Vorsitzender des DGB),
- Wohlfahrtsverbände (Liga, Kirchen),
- Bezirksregierung/Regierungspräsident,
- Agentur für Arbeit,
- ARGE,
- Integrationsrat.

In der Diskussion wurde erwähnt, dass in Köln in den 1980er Jahren mit der sog. „Arbeitsmarktkonferenz“ bereits ein ähnliches Gremium existierte und dieses auch erfolgreich Akteure aus der Wirtschaft einbinden konnte.

Zu b)

Eine **Lenkungsgruppe auf der Ebene der Stadt Köln** greift die im bildungspolitischen Gremium entwickelten Zielperspektiven auf und nimmt Aufträge entgegen. Sie formuliert, plant und lenkt die entsprechenden Umsetzungsschritte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich weitgehend einig, dass keines der bestehenden Gremien diese übergreifende Lenkungs Aufgabe übernehmen könnte.

Diskutiert wurde demnach, welche bestehenden Netzwerke hier mit einem Vertreter/einer Vertreterin beteiligt sein müssten. Genannt wurden:

- U25-Konferenz,
- Beirat Schule-Beruf,
- Beirat „Mehr Ausbildung für Migration“,
- Neis (Netzwerk Jugendhilfe und Schule),
- AK Ausbildungsbericht, Bildungsbericht,
- Bündnis für Arbeit,
- AK §80 KJHG (und ev. AK §78 KJHG),
- Lernende Region – Netzwerk Köln e.V.,
- RÜM,
- Integrationsrat,
- Bezirksjugendpflege,
- Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren.
- Weiterbildungsträger

Zu c)

Auf der Ebene **stadtteilbezogener bzw. stadtteilübergreifender Arbeitskreise und Netzwerke der pädagogischen Fachkräfte** sollen die von der Lenkungsgruppe konkretisierten Ziele umgesetzt werden.

An dieser Stelle wurde ausführlich der Ist-Zustand in Köln diskutiert. Als Akteursgruppen und Institutionen, die auf der lokalen Ebene präsent sind, wurden genannt:

- Beschäftigungsträger
- ARGE

- Berufskollegs
- Bürgeramt
- Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren
- Jugendpfleger
- Einrichtungen der Jugendhilfe
- Agentur für Arbeit
- ASD

In der Diskussion zeigte sich, dass eine unübersichtliche Zahl von Arbeitskreisen die Transparenz hinsichtlich der jeweiligen Tätigkeitsfelder erheblich erschwert. Auch wurde der Informationsfluss zwischen diesen Gremien teilweise als mangelhaft beurteilt. Entsprechend war man sich einig, dass zwischen den bestehenden Arbeitskreisen der pädagogischen Fachkräfte auf Stadtteil- bzw. Stadtbezirksebene mehr Transparenz geschaffen werden muss. Ein offener Diskussionspunkt blieb die Frage, ob zur Verbesserung der Transparenz und zur Bündelung der sozialräumlich aktiven Kräfte ein zusätzliches, neues Gremium notwendig ist oder ob nicht vielmehr bisherige Akteure diese Aufgabe übernehmen könnten.

Auch wurde überlegt, wie einzelne Akteure stärker in die sozialräumliche Kooperation eingebunden werden könnten – so etwa Unternehmen/Betriebe, Eltern und Bildungsträger. Insbesondere der Einbezug der Unternehmen/Betriebe gab Anlass zu längeren Diskussionen. Dabei wurde konstatiert, dass bisherige Versuche, wirtschaftliche Akteure verstärkt einzubinden, nicht im erwarteten Maß erfolgreich waren.

Insgesamt waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass es dringend einer Systematisierung bestehender Gremien in einem strukturierten Kooperationsnetzwerk bedarf. Das vorgeschlagene Modell von Frau Prof. Enggruber erschien dabei als gangbarer Weg. Auch die folgenden 11 Handlungsschritte, die vom Ist- zum Soll-Zustand führen sollten, wurden als hilfreich angesehen:

1. Ergreifen der Initiative und Sicherung politischer Unterstützung: übergeordnetes bildungspolitisches Gremium
2. Berücksichtigung vorhandener Kooperationen für das übergeordnete bildungspolitische Gremium, die Lenkungsgruppe und die Arbeitskreise der pädagogischen Fachkräfte in den Stadtteilen
3. Finden von zusätzlichen Partnerinnen und Partnern
4. Bereitschaft zum Einsatz von Zeit, Geld und Personal
5. Transparenz für alle Beteiligten und Öffentlichkeitsarbeit
6. Initiierung der Lenkungsgruppe auf der Ebene der Stadt Köln
7. Initiierung der Arbeitskreise in den Stadtteilen
8. Implementierung eines Kooperationsmodells mit einer „Stelle für Kooperationsentwicklung“ oder Vergleichbarem
9. Lösungsansätze zu Problemen, die subjektiv oder in der institutionellen Einbindung oder strukturell begründet sind
10. Planung und Implementierung eines lokalen Gesamtkonzepts zur Entwicklung von individualisierten, betriebsnahen, flexiblen und kohärenten Förderangeboten (inkl. Prozessevaluation)
11. Mögliche Kooperationsfelder in Köln

[Visualisierung Workshop 6](#)

Fazit

In der Zusammenschau der sechs Workshops zeigen sich einige wiederkehrende Anliegen:

- Nachhaltige und konsistente bildungspolitische Unterstützung des Kölner Übergangsmanagements über politische Machtwechsel und Veränderungen in der Förderlandschaft hinweg;
- Sicherung von Nachhaltigkeit erfolgreicher Projekte, Vorantreiben der Institutionalisierung bestehender guter Ansätze;
- Steuernde Koordination der heterogenen Angebote, Instrumente und Verfahren zugunsten eines kohärenten Übergangssystems. Offene Fragen sind dabei: Soll eine neue – neutrale - Koordinationsstelle geschaffen werden oder können bestehende Gremien diese Aufgabe übernehmen?
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern und Akteuren vor Ort.

Mit dem Arbeitskongress wurde die Grundlage für eine transparente und vertrauensvolle Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Akteure der Kölner Bildungs- und Beschäftigungslandschaft gelegt. Diese soll in eine verlässliche Netzwerkarbeit münden, um Chancen der beruflichen und gesellschaftlichen Integration für Jugendliche und junge Erwachsene signifikant zu erhöhen.

Zum Abschluss der Veranstaltung setzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – allen voran die Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes – ihre Unterschrift auf ein Plakat unter der Überschrift „Gelungener Übergang – wir handeln gemeinsam“ und erklärten damit ihre Bereitschaft, in Zukunft verstärkt zu kooperieren.

[Plakat](#)